

**Prominent besetztes Komitee will die Familieninitiative der Rechtspartei bodigen**

# Geballte Frauenpower gegen die SVP

**FDP**

Kantonsrätin und FDP-Frauen-Präsidentin Carmen Walker Späh (ZH).

**Grüne**

Alt Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin der Grünen Frauen (ZH).

**BDP**

Nationalrätin Ursula Haller (BE).

**GLP**

Nationalrätin Kathrin Bertschy (BE).

**SP**

Nationalrätin Yvonne Feri (AG).

**CVP**

Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (ZH).

## Die Initiative

Die SVP fordert folgenden Zusatz in der Verfassung: «Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, muss für die Kinderbetreuung mindestens ein **gleich hoher Steuerabzug** gewährt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.» Heute sind Steuerabzüge nur für die Fremdbetreuung möglich – pro Kind können bei der direkten Bundessteuer maximal 10 100 Franken vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden. ●

Die SVP will Eltern steuerlich entlasten, die ihre Kinder selber betreuen. Frauen von links bis rechts wollen das verhindern.

VON MARCEL ODERMATT

**F**ür die SVP ist sie ein Prestige-Projekt: ihre Ende 2009 lancierte Familieninitiative, über die das Volk am 24. November entscheidet (siehe Box). Beobachter schätzen, dass die Volkspartei bis dahin **rund drei Millionen Franken für den Abstimmungskampf ausgeben kann**.

Gegen diese finanzielle Walze formiert sich jetzt geballter Widerstand. Sechs Frauen von SP, BDP, GLP, Grüne, CVP, FDP und Gewerkschaftsbund lancieren heute ein Anti-SVP-Komitee. Sein programmatischer Name: «Kein Rückschritt ins Familienmodell des letzten Jahrhunderts – Nein zur SVP-Familieninitiative».

Mit dem Anliegen sollen die Frauen «wieder zurück an den Herd», schreiben die Politikerinnen. «Das Anliegen hört sich zwar sehr verlockend an», erklärt die Berner GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy (34). Niemand wolle Müttern, die ihre Kinder selber betreuen, die verdiente Wertschätzung verwehren. «Darum geht es aber nicht. Die SVP will mit der Familieninitiative das klassische Familienmodell – **die Frau als Betreuerin und Hausfrau, der Mann als Ernährer – in der Verfassung verankern**», sagt die Ökonomin.

Das sieht auch die Berner BDP-Frau Ursula Haller (64) so: «Die BDP will Familien, wo beide Eltern arbeiten müssen oder wollen, keine Steine in den Weg legen.»

Das SVP-Volksbegehren würde laut Experten zu Steuerausfällen von rund 390 Millionen Franken führen. «**Ich befürworte, dass man Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, entgegenkommt**», sagt CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (47, ZH). Steuertechnisch gesehen sei die Vorlage aber völlig systemfremd. Vergleichbar wäre etwa ein Pendlerabzug für Nicht-Pendler.

## «Die Frauen sollen wieder zurück an den Herd» Frauen-Komitee über SVP-Anliegen

Tatsächlich können im Schweizer Steuersystem normalerweise nur effektive Auslagen als Abzüge geltend gemacht werden – beispielsweise die Kosten für die Krippenbetreuung. Die SVP schlägt nun vor, dass ein Abzug nicht nur für effektive Kosten, sondern auch für die

Betreuung der eigenen Kinder möglich sein soll. «Gut ausgebildete Frauen und Männer würden steuerlich bestraft, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen», sagt dazu FDP-Frauen-Präsidentin Carmen Walker Späh (55).

Allerdings: Einhellig ist die Ablehnung nicht; auch ausserhalb der SVP kann die konservative Familieninitiative auf Unterstützung zählen. Fronten gehen quer durch die Parteien – Zoff ist also programmiert. Während sich bei den CVP-Frauen Schmid-Federer in vorderster Reihe gegen das SVP-Anliegen engagiert, wird die Luzerner CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann (54) an der Spitze der Befürworter für die Initiative weibeln. Glanzmann ist diese Woche dem Pro-Komitee beigetreten. Auch CVP-Präsident Christophe Darbellay hat sich bereits für ein Ja am 24. November ausgesprochen. ●